Südschleswigscher Wählerverband

SSW

Tale
Kiel, 24.01.2018

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: landtag@ssw.de

Wir wollen die Schulgeldfreiheit für Ergo- oder Physiotherapeuten

Flemming Meyer zu TOP 23 - Ausbildung in den Gesundheitsfachberufen schulgeldfrei gestalten

„Durch die Vogel-Strauß-Politik im Bundesgesundheitsministerium drohen Versorgungsengpässe in therapeutischen Bereich."

Im Sauerland ist die Ausbildung für Ergo- und Physiotherapeuten schulgeldfrei. Möglich wurde das durch ein neues Trägermodel: Krankenhaus und Bildungsstätte kooperieren als gemeinsame Träger der Ausbildung, so dass die Kosten für die Ausbildung über die Krankenkassen refinanziert werden können. Die Auszubildenden bezahlen ab 1. Mai nicht mehr 410 Euro im Monat, sondern gar kein Schulgeld. Die bittere Pille, die der Ausbildungsträger schlucken muss, ist die Einschränkung seiner Unabhängigkeit.

Zwei Konsequenzen hat dieses Modell, das inzwischen Schule gemacht hat, für Schleswig-Holstein: Erstens. Das Land Schleswig-Holstein verliert motivierte und engagierte junge Menschen, die sich für die Ausbildung zum Ergo- oder Physiotherapeuten interessieren, an die schulgeldfreien Angebote in anderen Bundesländern. Die Träger werben dort nämlich sehr offensiv um Bewerberinnen und Bewerber, indem sie das Wort schulgeldfrei ganz

SSW IM LANDTAG

oben auf ihre Internetseite schreiben. Niemand soll lange im Internet suchen müssen: nur ein Tastendruck und man findet viele schulgeldfreie Plätze. Hamburger Schulen werben ungeniert um Interessenten aus dem Nachbarland. Diese innerdeutsche Schieflage führt zum Abwandern aus den Regionen und Bundesländern, wo Schulgeld gefordert wird. Und man weiß aus als anderen Bereichen, dass in den seltensten Fällen die ausgebildeten Fachkräfte wieder zurückkehren. Wir graben uns also selbst das Wasser ab, wenn wir nicht effektiv und mittelfristig Maßnahmen ergreifen, um die therapeutische Ausbildung im Gesundheitsberufen schulgeldfrei anbieten zu können.

Zweitens. Die Lösung einer gemeinsamen Trägerschaft zwischen Krankenhaus und freier Bildungsstätte im Sauerland zeigt, dass bereits heute, im Januar 2018, die schulgeldfreie Ausbildung in den gesundheitstherapeutischen Berufen möglich ist, ohne dass Gesetzgeber oder Landesregierung tätig werden müssen. Fehlt es an entsprechender Beratung oder Wissen bei den Trägern? Oder warum nutzen die Ausbildungsstätten diese Möglichkeiten nicht?

Ausdrücklich möchte ich an dieser Stelle die soliden Ausbildungsleistungen der hiesigen Träger loben. Sie machen eine gute Arbeit. Die von ihnen ausgebildeten Fachkräfte finden unmittelbar nach Ausbildungsende eine Anstellung im Gesundheitswesen.

Doch eines muss klar sein: der Staat muss dafür Sorge tragen, dass eine ausreichende Zahl an Therapeutinnen und Therapeuten zur Verfügung steht, und zwar wohnortnah und flächendeckend. Und: die erste Ausbildung muss kostenfrei sein! Diese Grundsätze müssen auch und gerade im Gesundheitsbereich gelten. Es musste erst zu einem massiven Fachkräftemangel kommen, bevor das Thema der ungerechten Ausbildung überhaupt auf der Ebene der Bundespolitik wahrgenommen wurde. Durch die Vogel-Strauß-Politik im Bundesgesundheitsministerium ist es nun schon fast zu spät und es drohen Versorgungsengpässe in therapeutischen Bereich. Mit fatalen Folgen. Wenn beispielsweise Menschen nach einem Schlaganfall oder einem Sturz nicht umgehend therapiert werden, droht die Pflegebedürftigkeit. Das kommt die Patienten dann im wahrsten Sinne teuer zu stehen. Sie sind auf den Rollstuhl angewiesen oder können sich nicht mehr selbständig anziehen. Dann müssen sie die Hilfe eines Pflegedienstes in Anspruch nehmen oder die Angehörigen übernehmen die Pflege. Das ist unhaltbar.

Darum unterstützt der SSW die Abschaffung des Schulgeldes. Ich würde mir wünschen, dass wir dabei nicht auf einen entsprechenden Passus im

SSW IM LANDTAG

Koalitionsvertrag auf Bundesebene warten, sondern, dass die Landesregierung hier in Schleswig-Holstein umgehend in Gespräche mit den Trägern eintritt, um die Schulgeldfreiheit zu erwirken.

SSW IM LANDTAG